

EDITORIAL

❖ In den letzten Wochen haben wir Erstaunliches erlebt: Die Finanzmärkte drohten zu kollabieren, die Vereinigten Staaten verloren ihre Glaubwürdigkeit bei der Gestaltung der Finanzmärkte und ihre Definitionshoheit von Finanzprodukten, die sich zu finanziellen Massenvernichtungswaffen entwickelt hatten, und die Banken riefen laut nach dem Staat als Retter, den sie noch kurz zuvor als Bedrohung der Freiheit diffamiert hatten. Und mit ebenso großem Erstaunen haben wir erlebt, dass die wichtigsten Staaten der Europäischen Union und dann noch die Vereinigten Staaten mit milliardenschweren Hilfsprogrammen das von den Banken zertrümmerte Vertrauenskapital wiederhergestellt haben und so, anders als noch in der Weltfinanzkrise von 1929, eine global abgestimmte Rettungsaktion zustande kam. Dabei wurde eine partielle und zeitlich begrenzte Verstaatlichung Not leidender einzelner Banken mit in Kauf genommen.

Ausgelöst wurde die weltweite Krise der Finanzmärkte durch eine Profitgier, die das Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaft „Eigentum verpflichtet“ außer Kraft setzen wollte, indem sich die Finanzmärkte immer mehr von der realen Wirtschaft entfernten. Dem lag die Illusion zugrunde, ohne Arbeit Reichtümer erwerben zu können. Wenn der Vorstandssprecher einer Großbank öffentlich erklärt, eine Rendite von 25 Prozent anzusteuern, dann ist diese Äußerung eine Melange von Arroganz, Realitätsresistenz und Bauernfängerei.

Die schnelle Mutation von Staatsverächtern zu Staatsfreunden ließ die Hoffnung aufkommen, dass die internationale Staatengemeinschaft es in den nächsten Monaten



schaffen, die Finanzmärkte Regeln zu unterwerfen. Dazu gehört nicht nur die Begrenzung von Spitzengehältern und Boni, die die Regierung bei den Banken mit Staatsbeteiligungen durchsetzen wollen, sondern vor allem eine stärkere Eigenkapitalunterlegung, strengere Liquiditätsvorschriften, mehr Selbstbe-

halt von Risikokrediten, neue Verhaltensstandards für Rating-Agenturen und die Entwicklung eines europäischen und vielleicht sogar internationalen Überwachungssystems für die Finanzmärkte.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten in einer Serie von Spitzenbegegnungen nun den Versuch unternehmen, eine neue Finanzarchitektur zu entwerfen. Neben den G7 plus Russland werden noch China, Indien und Brasilien an diesen Anstrengungen beteiligt werden, und auch Australien, Saudi-Arabien und Südkorea werden dazu eingeladen (vgl. Essay von Stefan Deges, Seite 46 ff.). Diese Anstrengungen könnten aus der Krise eine Chance ableiten, die die Mobilisierung dieser ungeheuren virtuellen und realen Steuermilliarden zusätzlich legitimieren könnte. Und auch nur so könnte der rechts- und linkspopulistischen Propaganda entgegengetreten werden, nach der das „System“ versagt habe.

Hierzulande muss sich die Soziale Marktwirtschaft nicht neu erfinden, aber sie muss ihr Regelwerk globalisieren, nicht zuletzt auch deshalb, damit nicht die weniger begüterten Länder auf unserem Globus an unserer Stelle die Zeche zahlen müssen. ❖

Wolfgang Bergdorf